attac

Die gute Nachricht, es gibt sie noch.

Eine andere Welt ist möglich

Eine andere Welt braucht Unterstützung

Frühjahr 2020

Nachrichten vom Gutmenschen

Liebe Leserinnen und Leser,

die schlimmen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind allen bekannt, aber in Krisenzeiten scheint manchmal auch die Möglichkeit einer besseren Zukunft auf.

Heute, in der Corona-Krise, sehen wir überall Zeichen eines neuen Gemeinsinns und der Hilfsbereitschaft – zum Beispiel nachbarschaftliche Solidaritätsgruppen. Die Luft wird sauberer, die Natur erholt sich. Über bessere Bezahlung der wirklichen Leistungsträger*innen wird diskutiert. Es wird darüber nachgedacht, das Gesundheitswesen vom neoliberalen Spardiktat zu befreien und wieder an den Bedürfnisse der Menschen auszurichten, nicht mehr am Profit. Bisher Unvorstellbares wird plötzlich möglich: Obdachlose ziehen in Hotels, Mieter werden vor Kündigung geschützt, das „Hamsterrad“ der täglichen Arbeit steht still – Entschleunigung überall. Die Kassiererin ist die neue Heldin, nicht mehr der Konzernboss.

Solche Beispiele können Mut machen. In dieser Zeitung wollen wir aber nicht weiter über die Krise sprechen. Wir wollen weitere **Beispiele mutmachender Politik** vorstellen – alle noch aus der „Vor-Corona-Zeit“, aber auch nach der Krise noch aktuell.

Lasst euch ermutigen!

Attac Düsseldorf, im Mai 2020

Jugend erwacht aus politischem Dornröschenschlaf

Lange hat man „der“ Jugend vorgeworfen unpolitisch zu sein, nur an Spaß und Konsum zu denken, ihre Zeit am Handy zu verdaddeln. Der geringe Anteil Jugendlicher in den politischen Parteien und Organisationen schien dies zu bestätigen.
Nun reibt man sich verwundert die Augen: Seit vielen Monaten gehen Tausende junger Menschen auf die Straßen, machen auf den Friday-for-future-Demos Druck für eine konsequentere Klimapolitik. Wer nicht aktiv mitmischt, zeigt zumindest Sympathie für die junge Klimabewegung. Und es sieht nicht so aus, als sei dies, wie so viele andere Bewegungen vorher, nur eine kurzlebige Erscheinung. Die Jugendlichen organisieren sich professionell, schärfen auf Sommercamps ihr inhaltliches Profil, diskutieren in Talkshows und auf Wirtschaftsforen. Die Politiker, die sie anfangs belächelten und nicht ganz ernst nahmen, sind inzwischen weitgehend verstummt.
Die F4F-Bewgung ist inzwischen zu einem politischen Faktor geworden, der die etablierten Parteien unter Zugzwang setzt. Die Klimakrise ist zum beherrschenden Thema geworden. Reagierend auf den Druck der Jugend, wurde ein „Klimakabinett“ gebildet, um „Lösungsvorschläge“ zu erarbeiten. Kommunen erklären plötzlich den Klimanotstand. Selbst der bayerische Ministerpräsident macht sich inzwischen Forderungen der „Fridays“ zu eigen. Auch wenn dies oft nur halbherzige Ablenkungsmanöver sind, die verschleiern sollen, dass die Politik weiter an einem Wirtschaftsmodell festhält, das mit echtem Klimaschutz nicht vereinbar ist: Die Jugendlichen haben erreicht, dass das Klimathema ganz oben auf der Tagesordnung steht. Und es sieht so aus, als ob sie weiterhin Druck machen werden und sich mit bloßer Symbolpolitik nicht abspeisen lassen.
Die derzeitige Jugend ist politisiert wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Kiffen ohne Knast: Vorbildliche Drogenpolitik aus Süd-West-Europa

Schon im Jahr 2001 hat unser europäischer Partner Portugal ein Gesetz verabschiedet, um seine Bevölkerung nachhaltig vor Drogenmissbrauch zu schützen. Seit jener Reform

- nehmen, besonders unter den 15- bis 24-jährigen, weniger Leute Drogen
- geht die Drogenkriminalität zurück
- sterben weniger Leute durch Drogenmissbrauch.

Wer jetzt aber denkt, es wurde wohl der Drogenbesitz kriminalisiert und ein Krieg gegen die Drogen ausgerufen - wie ihn die USA seit Jahrzehnten erfolglos führen - der irrt.
Tatsächlich entkriminalisierte die Regierung den Besitz von Drogen. Zuvor hatte sich die Einsicht durchgesetzt, dass Drogenmissbrauch ein gesundheitliches und kein strafrechtliches Problem ist. Der Besitz ist seither keine Straftat mehr, sondern eine Ordnungswidrigkeit. Erst wenn man mit mehr als zehn Tagesrationen angetroffen wird, gilt man als Dealer und tut etwas strafrechtlich Relevantes. Diese Obergrenze entspricht 25 Gramm Marihuana, zehn Pillen LSD oder Ecstasy, zwei Gramm Kokain, einem Gramm Heroin oder Crystal Meth.
Wer sich mit den erlaubten Mengen erwischen lässt, muss vor einen so genannten "Ausschuss zur Bekämpfung der Drogensucht". Ein Jurist, ein Psychologe und ein Sozialarbeiter stellen fest, ob der Konsum problematisch ist. Sie klären über Gefahren auf und bieten Therapien an. Erst wer ein zweites Mal vor so einem Ausschuss landet, kann zu einem Bußgeld oder Sozialstunden verdonnert werden. Begleitet wird das Programm von Aufklärungskampagnen und niedrigschwelligen Hilfe wie Spritzentausch oder Opiatsubstitutionen.
Portugal hat damit ein System geschaffen und durch umfangreiche Langzeitstudien begleitet, an dem wir uns auch in Deutschland ein Beispiel nehmen sollten.

Hier gibt's keine Stinker mehr

Das niederländische Houten war Vorreiter: Die Mittelstadt bei Utrecht wurde in den 70er Jahren als Fahrrad-Stadt geplant und gebaut. Der Autoverkehr wird über Umgehungsstraßen geleitet; große Parkhäuser stehen am Stadtrand. Das Zentrum ist autofrei.
Andere Städte machen es nach: Die norwegische Hauptstadt Oslo ist die erste europäische Großstadt, die eine konsequent autofreie Verkehrspolitik verfolgt. Eine Innenstadt-Maut gab es bereits seit längerem, und ab 2019 sollten Privat-Pkws gar nicht mehr in die Innenstadt. Auf Druck von Unternehmen wurde der Plan allerdings verwässert. Dennoch wird die Stadt von Autos weitgehend entlastet. Der öffentliche Nahverkehr und E-Bikes werden gefördert – unter anderem mit 60 Km neuen Radwegen in der Stadt.
Die neue Bremer Regierung plant die autofreie

Stadt bis 2030. Helsinki will sogar schon bis 2025 autofrei werden. In Paris haben die alten Dreckschleudern bereits Fahrverbot, ein Komplettverbot ist geplant, autofreie Tage gibt es bereits. London hat eine Staumaut eingeführt, die den Autozugang zur City empfindlich verteuert. In Brüssel ist "de voetganger koning": große Teile der Innenstadt sind Fußgängerzone.
Düsseldorf hinkt hinterher, aber wenigstens gibt es mit den neuen Umweltspuren nun zarte Anfänge einer besseren Verkehrspolitik.

Klimachampion Kopenhagen

Kopenhagen macht's Europa vor: Die Stadtverwaltung Kopenhagen setzt sich hohe Ziele. Bis 2025 soll die Stadt CO2-neutral sein. Dazu verabschieden sich alle Entscheidungsträger von reiner Wachstumsmaximierung und stellen nachhaltiges Handeln bei jedem neuen Projekt in den Vordergrund.

Nach einer 2018 erschienen Review-Studie gilt die Energieversorgung der Stadt schon heute als die wahrscheinlich am besten konzipierte der Welt. Bei der Stromerzeugung spielt die Geothermie eine herausragende Rolle. Sie ist in einem einzigen großen System vernetzt mit Fernwärme, Erdgas und auch der Müllverbrennung. Erneuerbare Energien werden bei öffentlichen und privaten Gebäuden von der Stadt gefördert. Auf Energieeffizienz wird vor allem bei Neubauten, aber auch bei Dämmung und Renovierung alter Gebäude geachtet. Konsequenterweise trennt sich die Stadtregierung von sämtlichen Aktien, die in Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen stehen.

Im täglichen Leben erfährt jeder Einwohner ein Plus an Lebensqualität. So gibt es immer mehr öffentliche Grünflächen zwischen den Wohnhäusern und Fördergelder für Dach- und Hinterhofbegrünung. Außerdem gelten allerstrengste Abwasserrichtlinien, so dass Einwohner und Touristen seit einigen Jahren wieder im Hafenbecken schwimmen können. Auch der öffentliche Nahverkehr wird immer noch weiter ausgebaut und ist für jeden bezahlbar. Der Radverkehr hat in Kopenhagen absolute Priorität. Neue Straßen werden für Autos nicht mehr gebaut. Stattdessen werden Fahrspuren und Parkplätze zu Radwegen umgebaut.

Man sieht hier, was der wirkliche Wille zum Klimaschutz erreichen kann. Dazu gehört natürlich der Mut zur Veränderung. Mit „erst mal abwarten, was passiert“ kann man den Klimawandel nicht aufhalten.

Flugscham jetzt auch in Düsseldorf

Ulm: Glückliche Häuslebauer, saure Spekulanten

Ulm hat ein erprobtes Modell gegen Immobilienspekulation – und ein besonders altes: Die sogenannte „Bodenbevorratung“. Man legt also einen Vorrat an Boden an, um ihn später nutzen zu können.
Konkret heißt das, die Stadt kauft oft auf Jahrzehnte im Voraus Flächen auf, um sie dann eines Tages gezielt einzusetzen, wenn man sie braucht. Der Clou dabei: Erst wenn die Stadt den Boden besitzt, wird ein Bebauungsplan erstellt. So kann nur von der Stadt selbst Bauland erworben werden.
Ein weiterer „Trick“ verhindert die Spekulation mit Bauland: Ein unbebautes Grundstück, das das die Stadt an einen Häuslebauer oder an einen Bauträger zu einem bestimmten Zweck –zum Beispiel den Bau von Wohnungen - verkauft hat, darf niemals an einen Dritten weiterverkauft werden, der es für einen anderen Zweck nutzen möchte. Wenn es nicht für den ursprünglichen Zweck verwendet wird, kann es nur an die Stadt Ulm zurückverkauft werden. Und zwar zu dem Preis, den es damals gekostet hat. Ein Weiterverkauf an Dritte, nur um damit Gewinn zu machen, ist nicht möglich.
33 Millionen Euro investierte Ulm 2018 in den Ankauf neuer Grundstücke. Aufgrund ihrer langjährigen Praxis verfügt die Stadt über ein entsprechend großes Portfolio, also viele Baulandflächen. Mittlerweile befindet sich etwa ein Drittel des kompletten Stadtgebietes in kommunaler Hand. Dadurch verfügt Ulm über ein Steuerungsinstrument, das es ermöglicht, Baugrundstücke zu vergleichsweise günstigen Preisen auf den Markt zu bringen.
Mit Erfolg: Im Mietwohnungsbereich existiert durch niedrige Baulandpreise und die Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften ein gutes Angebot an bezahlbaren Wohnungen. Auch bei der Vergabe von Baugrundstücken an Selbstnutzer wirkt sich der niedrige Baulandpreis positiv bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum aus.

Gute Pflege beim Nachbarn

Frustrierte und erschöpfte Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, schlecht versorgte und unzufriedene Patienten. Das muss so nicht sein. „Buurtzorg“ (Übersetzt: Nachbarschaftshilfe) ist eine niederländische Non-Profit –Organisation im mobilen Krankenpflegedienst, die zeigt, dass es auch anders geht. Die Organisation wurde 2007von jos de Blok, einem ehemaligen Krankenpfleger, zusammen mit einem Team von Pflegerinnen gegründet. Die Idee war einfach genial: „Gib den Pflegekräften ihre Berufung zurück und schau, dass alle Rahmenbedingungen erfüllt sind, damit sie das, was sie am besten können und lieben, tun dürfen.“ (Uta Kirchner) Das hieß konkret:

Abschied von einem profitorientierten Pflegesystem.

Befreiung von der Bevormundung der Krankenkassen.

Schluss mit den stressigen Zeit-und Zielvorgaben und dem Konkurrenzdruck, dem Wettbewerb unter den Pflegeanbietern und der Verlagerung vieler Pflegeaufgaben auf unqualifizierte MitarbeiterInnen. Keine langen Anfahrtswege mehr, keine überflüssigen Dokumentationen. Weg von einem Abrechnungssystem nach Einzelleistungen, deren zeitlicher Umfang genau fest-gelegt ist. Um das zu erreichen, wurden kleine Teams aus 4-10 Pflegekräften gegründet, die sich völlig selbstständig organisieren, ganz ohne „Chiefs“ oder „Chefs“ oder „Head“. Die Teams betreuen aus dem Krankenhaus entlassene Patienten, pflegebe-dürftige Menschen, palliativ Patienten, chronisch Kranke, Demente, psychisch Kranke und hilfe-bedürftige Familien.

Die Teams gehen folgenderweise vor:

1. Im Gespräch werden die gesundheitlichen, sozialen und persönlichen Wünsche geklärt, Ein Hauptziel bleibt dabei die Unterstützung der Unabhängigkeit des Patienten.
2. Ein informelles Unterstützungsnetzwerk aus Angehörigen, Freunden und Leuten aus der Nachbarschaft wird gegründet. Sie alle werden, soweit es möglich ist, in die Pflege, Betreuung und Unterstützung des Patienten mit einbezogen.
3. Ein formales Netzwerk aus Hausarzt, Spezialisten, Physiotherapeuten, Apotheken und Krankenhaus wird ebenfalls gegründet.
4. Die qualifizierte Krankenpflege wird als Dienstleistung angeboten. Jedes Team entscheidet autonom über medizinische Versorgung, Einsatzplan, Dokumentation, Vertretungsregelung, Ferienzeiten, Neueinstellungen usw. Und jeder bestimmt selbst, wie viel er arbeitet. Beim Start in die Selbstständigkeit erhält das Team Unterstützung von Buurtzorg, z. B.:

- eine Einführung in die Arbeitsweise
- eine Schulung in Gesprächsführung
- ein Tablett, in das jede Pflegekraft alle wichtigen Informationen des Pflegeprozesses eingibt, damit jeder, der mit dem Patienten zu tun hat, über Krankheitsverlauf und notwendige Maßnahmen usw. informiert ist.

Das buurtzorgweb, das zusammen mit den Pflegekräften entwickelt wurde, ist außerdem ein wichtiges Austauschforum für die MitarbeiterInnen.

Ist ein Team arbeitsfähig, kümmert sich buurtzorg nur noch um Verwaltungsaufgaben, Weiterbildung und die Gehaltsabrechnung. Hat das Team Konflikte, die es nicht alleine lösen kann, stellt buurtzorg einen Coach zu Verfügung.

Buurtzorg ist heute der größte Anbieter mobiler Pflege in den Niederlanden, beschäftigt mittlerweile ca. 850 Teams und 10 000 Pflegekräfte, hat aber in der Verwaltung nur 50 MitarbeiterInnen, was zu erheblichen Einsparungen führt. Buurtzorg wurde fünf Mal hintereinander zum besten Arbeitgeber der Niederlande gewählt.

Und die niederländischen Krankenkassen ? Sie haben das Modell akzeptiert. Sie bezahlen nicht nach speziellen Pflegeleistungen, sondern nach Arbeitsstunden und Tarifvertrag. Zusätzlich erhalten die Pflegekräfte eine jährliche Standarderhöhung entsprechend ihrer Ausbildung und Boni .Die Krankenkassen haben erkannt, dass bessere Arbeitsbedingungen und ein ganzheitlicher Pflegeansatz auch ökonomisch ein Erfolgsmodell sind. Mittlerweile haben auch andere Länderwie z. B. Belgien, Schweden und Japan das Buurtzorg Modell übernommen. Andere Länder diskutieren das Projekt oder starten Pilotprojekte, z.B. Deutschland.

Das Schlachten hat ein Ende: Wie man Traditionen nachhaltig macht

Die Abteilung Meeresschutz des »International Fund for Animal Welfare« (IFAW) vertritt die Interessen der Wale vor internationalen Organisationen, die sich mit dem Walfang beschäftigen. Neben dieser politischen Arbeit setzt sie aber auch direkt bei den Traditionen der letzten drei Walfängernationen, Island, Japan und Norwegen, an.

Das Team um Patrick Ramage merkte dabei, dass für IsländerInnen Walfang und Nationalgefühl eng verknüpft waren. Die Frage "Bist du für oder gegen den Walfang?" war bisher synonym mit der Frage "Bist du für oder gegen Island?". Dies ist das Ergebnis jahrzehntelanger Lobbyarbeit der Fischereiindustrie und konservativer Kräfte. Kritik von außen verstärkte diesen Zusammenhalt von Befürwortern des Walfangs und stolzen IsländerInnen nur noch. Letztere hielten umso entschiedener am Walfang fest.

Die Leute von IFAW waren sich sicher, dass nur eine langfristige, konstruktive Arbeit solche verkrusteten Strukturen aufbrechen kann. Sie legten die tatsächlichen Verhältnisse in Island offen: Es sind Touristen, welche die - in der Bevölkerung kaum verbreitete "Spezialität" - Walfleisch verzehren. Für isländische Arbeitskräfte ist der Walfang überhaupt nicht existenzermöglichend. Vielmehr schreckt das Schlachten Whalewatching-Touristen ab.

Eine progressive Alternative konnte sich die kulturelle Vorherrschaft dadurch sichern, dass sie wirtschaftliche Potenziale mit der Seefahrertradition der IsländerInnen verknüpfte. Erstens wurde mit den Whalewatching-Skippern zusammengearbeitet. Zweitens wurde ein Zertifikat "walfreundlich" für die Gastronomie entwickelt und verbreitet. Und drittens bekannten sich immer mehr Prominente aus Island auf einer entsprechenden Homepage dazu: "Ich bin Isländer und ich esse kein Walfleisch."

So ist es ein Teil des isländischen Nationalstolzes geworden, die Wale zu schützen. Dieser Kulturwandel bewegte schließlich die Regierung dazu, den letzten verbliebenen, isländischen Walfang 2019 einzustellen. Über Kampagnen, Kulturaustausch und Expertentreffen, konnte IFAW ähnliche Entwicklungen auch in Japan fördern.

Norwegen ist damit plötzlich die weltweit größte Walfängernation und Patrick Ramage ist sich sicher, dass es dort ähnlich ausgehen wird wie in Island. Dieses positive Szenario zeigt, dass es weltweite Potenziale gibt, wie sich progressive Politik durchsetzen kann. Lasst uns gemeinsam die kulturelle Vorherrschaft der Konservativen beenden.

Fake News oder wahr?

1) Die jährlich 800 Leerflüge zwischen Bonn und Berlin werden von der deutschen Regierung drastisch reduziert.

2) Vom Flughafen Düsseldorf aus finden nur noch Flüge ab 800 km Distanz statt.

3) 98% der Weltbevölkerung fliegt nie.

4) Im indischen Bundesstaat Sikkim darf Landwirtschaft nur noch ohne Pestizide und Kunstdünger betrieben werden.

5) Heinrich von Pierer, Siemens-Chef und ehemaliger Merkel-Berater, wurde wegen Korruption zu 15 Jahren Haft verurteilt.

6) RWE steigert seine Gewinne im ersten Halbjahr 2019 um 30% und baggert dem Hambacher Forst weiter das Wasser ab.

7) Nachdem im Jahr 2018 2262 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken sind, beschließt die EU wieder eigene Rettungsboote patrouillieren zu lassen.

8) Die laut Frankreichs Präsident „hirntote“ Nato löst sich auf.

9) In Luxemburg sind alle Busse und Bahnen kostenlos.

Lösung: 1)fake 2)fake 3)wahr 4)wahr 5)wahr 6)wahr 7)fake 8)fake 9)wahr

Endlich kompetent beraten!

Unsere Nachbarn besiegen das Provisionskartell.

In Großbritannien und den Niederlanden gilt seit 2013 ein Provisionsverbot in der Finanzanlageberatung. AnlageberaterInnen dürfen sich seitdem ausschließlich von ihren KundInnen vergüten lassen.
In Deutschland finanzieren sich die meisten BeraterInnen dagegen immer noch von Provisionen, die sie von den Produktanbietern erhalten - allerdings erst bei Abschluss eines Anlagevertrages. KundInnen zahlen diese Kosten indirekt über höhere ProduAktkosten. Bei unabhängiger Beratung zahlen KundInnen hingegen ein Honorar an die BeraterInnen. Dafür fallen die Produktkosten im Falle eines Abschlusses geringer aus.
Beratung ist also nie kostenlos. Im Gegensatz zur Finanzierung durch Provisionen steht aber bei einer Beratung auf Honorarbasis das Kundeninteresse im Mittelpunkt.

Und tatsächlich zeigt sich in den Evaluationsberichten der Regierungen, der Verbraucherschützer- und Beraterverbände folgendes:
· Die Beraterqualität hat sich verbessert
· Produkte, die auf Provisionsmaximierung ausgelegt waren, sind verschwunden.
· das Vertrauen der VerbraucherInnen in die Finanzberatung hat zugenommen
Alle Ergebnisse der Evaluationen in Großbritannien und Niederlanden sprechen dafür, dass auch Deutschland diesen Schritt in eine unabhängige Anlageberatung machen sollte.
Solange die Gesetzeslage dies noch nicht erzwingt, kann man sich an folgende, bereits jetzt schon unabhängige Finanzanlageberatung wenden:

Verbraucherzentrale Bundesverband,
www.verbraucherzentrale.de/beratung

Deutsche Honorarberatung,
www.deutsche-honorar-beratung.de

Finanzplaner Deutschland Bund
www.finanzplaner-deutschland.de

Die „Gemeinwohlökonomie“- eine zukunftsweisende Idee

Der österreichische Attac-Aktivist und Autor Christian Felber hat ein Modell entwickelt, mit dem die Wirtschaft auf sanftem Wege umgebaut werden kann: Von einer profitorientierten Wirtschaftsweise zu einer dem Gemeinwohl dienlichen Wirtschaft.
Der Grundgedanke ist relativ einfach: Wenn ein Unternehmen besonders ökologisch agiert, wenn es eine geringe Lohnspreizung hat – also der Unterschied zwischen dem höchsten Gehalt und dem niedrigsten gering ist-, wenn es die Kundschaft, die Beschäftigten und die Anwohner des Unternehmens in demokratischen Verfahren an den unternehmerischen Entscheidungen beteiligt und weitere wünschenswerte Kriterien wie z.B. Frauenförderung oder Integration von Flüchtlingen und so weiter erfüllt, bekommt es dafür Steuervorteile. Wenn es diese Kriterien wenig beachtet, muss es mehr Steuern als die Konkurrenten bezahlen. Auf diesem Wege entsteht ein sanfter Druck für die Unternehmen, Gemeinwohlaspekte zu berücksichtigen. Anstatt einer normalen Steuererklärung erstellt das Unternehmen eine Gemeinwohlbilanz, in der diese Faktoren bewertet werden. Auf dieser Grundlage erstellt dann, so der Plan, das Finanzamt künftig den Steuerbescheid.
Weil Gemeinwohl-Orientierung sich dann also rentiert und die Orientierung nur am eigenen Gewinn teurer wird, bewegen sich die Unternehmen schon aus Eigeninteresse hin zu einer für alle Betroffenen besseren Unternehmensführung – ganz ohne Revolution oder Zwang. Die Gemeinwohlbilanz könnte zunächst ergänzend zur normalen Steuererklärung eingeführt werden und diese nach und nach in einem gleitenden Prozess ersetzen. So könnte ein sanfter Übergang zur Gemeinwohlökonomie gelingen.
Inzwischen gibt es bereits einige Unternehmen, die freiwillig eine Gemeinwohlbilanz erstellen, in Düsseldorf etwa ein Dutzend.

Gute Vorbilder in der Rentenpolitik

Viele Menschen in Deutschland haben zu Recht Angst vor Altersarmut, aber unsere Nachbarländer machen vor, wie ein zukunftsfähiges, wohlstandssicherndes Rentensystem aussehen kann.

In Österreich ist das Rentenniveau der „Durchschnittsverdiener(in)“ mit über 90 % vom langjährigen Netto-Durchschnittslohn viel höher als in Deutschland mit 50 % vom Nettolohn.
In den Niederlanden sind die Renten so hoch wie die Arbeitseinkommen, es gibt also keine Einbußen im Alter. Hier ist europaweit die Altersarmut am geringsten. Auch in der Schweiz geht es den Ruheständlern deutlich besser als in Deutschland.

Dies hat verschiedene Ursachen; hervorzuheben sind besonders drei Gründe:
Erstens können sich in diesen Ländern Wohlhabende (Beamte, Selbständige, Vermögende) im Gegensatz zu Deutschland der solidarischen Mitfinanzierung der Renten nicht entziehen. Dies stärkt das Rentensystem erheblich.
Zweitens gibt es in diesen Ländern keinen so großen Niedriglohnsektor wie in Deutschland, also weniger Menschen mit mickrigen Löhnen. Da Renten in hohem Maße an Lohneinkommen gekoppelt sind, wirkt sich dies auf die Rentenhöhe aus.
Drittens ist in den Nachbarländern der Arbeitgeberanteil an den Rentenbeiträgen höher als der Arbeitnehmeranteil – in Deutschland ist es umgekehrt, wenn man die nur vom Arbeitnehmer zu bezahlenden Riesterrenten-Beiträge einbezieht.

Die höheren Renten und die höheren Rentenbeiträge der Arbeitgeber in den Nachbarländern schwächen dabei offensichtlich nicht deren Wirtschaftskraft: Sie stärken vielmehr die Kaufkraft in diesen Ländern und stützen die Wirtschaft. So profitieren alle - Alt und Jung.
Deutschland kann im Hinblick auf die Rentensysteme also einiges von seinen Nachbarn lernen.

Linke Bewegungen retten die Welt

In den letzten Jahrzehnten hat sich für die meisten Menschen vieles entscheidend verbessert: Frauenrechte und Gleichberechtigung der Geschlechter werden von allen anerkannt (wenn auch noch nicht ganz verwirklicht); Rassismus – noch vor einer Generation eine offen verbreitete Haltung - wird nicht mehr gesellschaftlich toleriert; Kinder dürfen nicht mehr geschlagen werden und haben ein Recht auf Respekt; Homosexualität ist nicht mehr verboten; Schwule und Lesben können jetzt sogar heiraten. Umwelt- und Klimaschutz ist seit langem ein politisches Ziel mit breiter gesellschaftlicher Anerkennung.

Was haben diese Entwicklungen gemeinsam?

Alle diese Veränderungen gingen von linken Bewegungen aus und mussten gegen teils heftigen konservativ – bürgerlichen Widerstand durchgesetzt werden. Weil ohne diesen erkämpften Wandel eine moderne, humane Welt nicht vorstellbar ist, kann man mit gutem Recht behaupten: Linke Bewegungen retten die Welt.

Kein Plastik in Ruanda

Das ostafrikanische Ruanda ist Vorreiter im Kampf gegen Plastiktüten. Dort gibt es schon seit Jahren sehr strenge Gesetze. Seit 2008 gilt ein weitgehendes Verbot von Plastiktüten. Schon deren Besitz kann bestraft werden, sogar mit Gefängnis. Das Verbot wird auch allgemein beachtet. Plastiktüten sind im ruandischen Alltag so gut wie verschwunden.

Andere Länder sind Ruanda gefolgt, zum Beispiel Kenia, wo seit 2017 das schärfste Plastiktütengesetz der Welt gilt. Ruandas Regierung will die Plastikgesetze noch einmal verschärfen. Zehn Jahre nach den Plastiktüten sollen nun auch Wasserflaschen aus Plastik, Strohhalme und Einweggeschirr verboten werden. Ruanda meint es ernst.

Bayerisches Volksbegehren erfolgreich

Am 17.7. 2019 stimmte der bayrische Landtag dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens „Artenvielfalt-Rettet die Bienen“ zu.
Damit wurde die eingereichte Vorlage unverändert angenommen und zum bayerischen Landesgesetz.
Dieses beinhaltet unter anderem strenge Vorgaben zu Düngung und Pestizideinsatz in der Landwirtschaft, in Wäldern und auf Wiesen. Es legt die Schaffung von Gewässerrandstreifen und die großflächige Vernetzung von Biotopen fest.
10 Prozent der Wiesen sollen in Blühwiesen umgewandelt werden, die nur selten gemäht werden dürfen.30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen sollen in Bayern bis 2030 ökologisch bewirtschaftet werden. Für staatliche Flächen gilt dies schon bis 2020.

Auch der Erhalt von 10 Prozent Naturwaldfläche als funktionsfähiges Netz von nutzungsfreien Wäldern steht im Programm. Der Artenschutz wird außerdem an allen bayerischen Schulen auf den Lehrplan gesetzt.

Dieses neue bayerische Naturschutzgesetz ist zu einem echten Artenschutzgesetz geworden und scheint eine Vorlage auch für andere Bundesländer zu werden. In Baden-Württemberg startet ein ähnliches Volksbegehren ab dem 24.9.2019.

Zufriedene MieterInnen

Schwimmbad und Fotovoltaik auf dem Dach, Hobbywerkstatt im Keller, Schlechtwetterspielplatz im Haus, Sauna, Kleinkunstbühne, Cafe, Bibliothek und Bäcker in der Wohnanlage und das alles für 7,50 Euro pro qm? Ist das möglich?

Ja, in Wien, der europäischen Hauptstadt des kommunalen Wohnungsbaus! Bereits im Jahr1919, in Zeiten großer Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, begann die Sozialdemokratie, die als Mehrheitspartei aus den Wahlen hervorgegangen war, die Wohnverhältnisse radikal zu verbessern. Die Stadt kaufte Land und baute Wohnungen. Es entstanden „palastartige“ geschlossene Hofbebauungen im Stil der neuen Sachlichkeit oder des Historismus (Lassalle-Hof, Karl-Marx-Hof, Therese-Schlesinger-Hof, Rabenhof, Florisdorf-Hof u.a.).

Alle Anlagen verfügten über Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergarten, Wäscherei, Bücherei, Theaterraum, Räume für Feste und manche hatten auch eine Kirche. Bis 1934 entstanden ca. 66.000 Wohnungen. Finanziert wurden diese Wohnungen durch eine „zweckgebundene Wohnbausteuer“, die ausschließlich die privaten Wohnungsvermieter zahlen mussten. Ihre teuersten Wohnobjekte (0,5 %) erbrachten 44,5% der Gesamtsteuerleistung. Luxus wurde also gezielt zu Gunsten der Ärmeren besteuert. In der Zeit des Austrofaschismus kam der kommunale Wohnbau zum Erliegen. Das Geld floss in die Rüstung. Aber nach dem Krieg nahm die sozialdemokratische Stadtregierung ihr sozial engagiertes Wohnbauprogramm wieder auf.

Heute gibt es in Wien 220.000 Gemeindewohnungen und 200.000 Genossenschaftswohnungen alle mit vielfältigen Gemeinschaftseinrichtungen ausgestattet, und nicht eine einzige dieser Wohnungen wurde während der letzten Finanz-und Wirtschaftskrise verkauft.

Alt-Erlaa, 1983/84

2/3 aller Wienerinnen und Wiener wohnen heute in preiswerten kommunalen Wohnungen, die jährlich mit 600 Mill. Euro aus Steuermitteln subventioniert werden. Den Bauauftrag für neue Projekte vergibt die Stadt nicht an den meistbietenden Investor, sondern an den, der wirtschaftlich baut die von der Stadt vorgegebenen sozialen, ökologischen und architektonischen Kriterien erfüllt.

Die Mietpreise liegen pro qm zwischen 3 Euro und 7,50 Euro, in manchen Wohnprojekten zahlt man auch 10 Euro. Das ist aber die Obergrenze. Wohnberechtigt sind alle EU-Bürgerinnen oder Einwanderer mit Aufenthaltsgenehmigung oder Flüchtlinge nach der Genfer Konvention. Das Nettoeinkommen der Mieter muss unter 3.200 Euro liegen. Eine Zeitwohnung ist nicht erlaubt. Vergeben werden die Wohnungen nach einem Punktesystem. Familien und einkommens-schwache BürgerInnen werden bevorzugt.

Der EU-Wettbewerbskommission gefällt das kommunale oder genossenschaftliche Wohnkonzept der Wiener nicht. Sie sieht darin eine Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil der privaten Investoren und eine Bedrohung der gewinnträchtigen Bodenspekulation.

Reumannshof, 1924-26

Impressum
Attac-Düsseldorf Finanzmarkt AG
c/o Philipp Giesinger
Himmelgeisterstr.107h
40225 Düsseldorf
www.attac-duesseldorf.de
Frühjahr 2020

Druck:
DigitalOffice
Neustadt/Weinstr.